



**metallforderung**  
EINE AKTIVE POLITIK FÜR  
DIE ZUKUNFT DER INDUSTRIE

**Für eine aktive Industriepolitik**

Die Industrie unseres Landes steckt in einem tiefgreifenden Wandel. Klimaschutz, globale Konkurrenz und technologischer Wandel verändern fast alles. Die Transformation betrifft viele Regionen und Branchen der IG Metall, von der Automobilindustrie über den Maschinenbau, die Stahlindustrie oder die Luftfahrtbranche bis hin zu den vielen Zulieferbetrieben der Metall- und Elektroindustrie.

Einen derart fundamentalen Wandel muss die Politik aktiv begleiten und gestalten, er darf nicht den freien Marktkräften überlassen werden. Denn dann drohen soziale und ökologische Standards auf der Strecke zu bleiben. Und darin liegen enorme wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Risiken. Es gilt, die klimaneutrale Industrie der Zukunft zu bauen, sie hier bei uns in Deutschland und Europa zu halten und zukunftsfest aufzustellen.

**23 %**

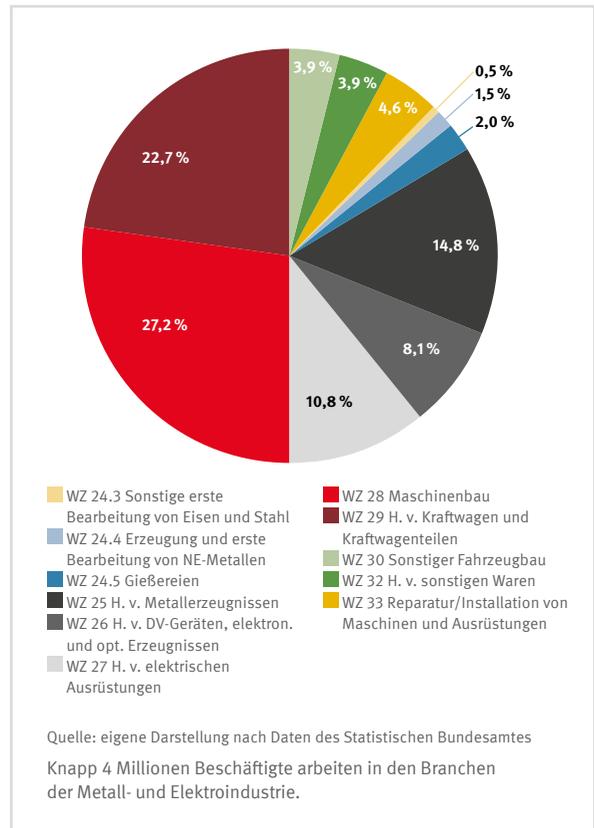
der Wertschöpfung kamen 2020 aus der Industrie.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Aktive Industriepolitik hat viele Möglichkeiten, Strukturwandel positiv zu gestalten. Wir brauchen eine gut ausgestattete öffentliche Förderpolitik, die sich am Ziel orientiert, industrielle Wertschöpfung, Standorte und gute Beschäftigung im Land zu halten, weiterzuentwickeln und neu zu schaffen. Förderinstrumente sollten dabei immer auch an Kriterien der Standort- und Beschäftigungssicherung gebunden werden, an sozial verantwortliche und nachhaltige Unternehmensführung, an die Leitidee der „guten Arbeit“ und an ökologische Nachhaltigkeit. Wenn Unternehmen aus Steuermitteln unterstützt werden, müssen sie zur Sicherung von Beschäftigung und Standorten verpflichtet werden. Eine industriepolitische Transformationsstrategie muss in enger Kooperation mit den Sozialpartnern entwickelt und umgesetzt werden. Auch das öffentliche Beschaffungswesen ist ein wichtiger Hebel, solche Kriterien durchzusetzen.

Der Staat als Auftraggeber muss Vorbild und Vorreiter der sozialen und ökologischen Transformation sein.

Ein wichtiges Ziel ist es, in Deutschland oder mindestens in Europa auch weitgehend vollständige Wertschöpfungsketten zu haben, um die Innovationsführerschaft zu sichern und Resilienz von Lieferketten bei politischen oder ökonomischen Krisen sicherzustellen. Es gilt dabei auch, strategisch wichtige Branchen zu schützen und den schleichenden Abfluss von Know-how in Folge von Übernahmen oder die Verlagerung von Produktions- und Entwicklungskapazitäten zu verhindern. Über einen staatlichen Transformationsfonds können mithilfe von Beteiligungen zusätzliche private Investitionen zur Bewältigung der Transformation stimuliert werden.





## Für faire Handels- und Wettbewerbspolitik

Die neue Bundesregierung sollte sich für eine Reform der europäischen Wettbewerbs-, Beihilfe- und Vergabepolitik einsetzen. So sollte das europäische Wettbewerbsrecht und die Beihilfepolitik den *globalen* Markt als Bezugsrahmen wählen. Das erlaubt die Bündelung europäischer Kräfte zu „Europäischen Champions“. Den Mitgliedstaaten sollten durch die europäischen Wettbewerbshüter nicht alle Instrumente der industriepolitischen Steuerung aus der Hand geschlagen werden. Die geplante Reform der EU-Beihilfen muss den Mitgliedstaaten in Zukunft größtmögliche Entscheidungsfreiheit einräumen, um den durch die Transformation betroffenen Regionen, auch den heute noch strukturstarke, Fördermittel zur Verfügung zu stellen.

Auch die Handelspolitik ist Teil einer strategischen Industriepolitik. Sie muss ein Dumping sozialer und ökologischer Standards unbedingt verhindern. Europäische Handelspolitik muss für ein „level playing field“ sorgen und dazu ihr Handelsschutzinstrumentarium konsequent anwenden und weiterentwickeln. Bei der Verhandlung der anstehenden Freihandelsabkommen müssen soziale und demokratische Rechte sowie der Schutz von Umwelt, Verbraucher\*innen und Arbeitnehmer\*innen Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben.

Unterschiedliche internationale Standards an klimapolitischer Regulierung können durch ein WTO-konformes CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem so ausgeglichen werden (*Carbon Border Adjustment*), dass die Dekarbonisierung der Industrie nicht einseitig zulasten der Beschäftigten in Europa geht – und CO<sub>2</sub> dann einfach anderswo emittiert wird. Der Import klimaschädlich produzierter Waren und Vorprodukte würde mit Abgaben belegt, die Einnahmen müssten zweckgebunden für die Gestaltung der Transformation verwendet werden. Die Schutzwirkung der bisherigen Instrumente für energieintensive Branchen wie Stahl im europäischen Emissionshandel muss ausgeglichen werden.

Eine neue Bundesregierung sollte außerdem das Lieferkettengesetz konsequent umsetzen und nachbessern, damit Arbeits- und Umweltstandards in den Lieferketten wirklich eine Chance haben. Denn das jüngst verabschiedete Gesetz verpflichtet erst ab 2023 Unternehmen ab 3.000 Beschäftigte und erst ab 2024 Betriebe ab 1.000 Beschäftigte. Eine zivilrechtliche Haftung ist nicht vorgesehen. Und Risiken bei mittelbaren Zulieferern müssen nur analysiert werden, wenn eindeutige Kenntnisse von Menschenrechtsverletzungen vorliegen. Diese Lücken sollten geschlossen werden. Die Bundesregierung sollte außerdem ein europäisches Lieferkettengesetz unterstützen.



### Die IG Metall fordert

- ▶ eine gut ausgestattete öffentliche Förderpolitik, orientiert an Standort- und Beschäftigungssicherung
- ▶ ein öffentliches Beschaffungswesen als Impulsgeber und Vorreiter für gute Arbeit
- ▶ eine Strategie für weitgehend vollständige Wertschöpfungsketten in Deutschland und Europa
- ▶ den Schutz strategisch wichtiger Branchen vor Abfluss von Know-how infolge von Übernahmen
- ▶ den *globalen* Wettbewerb als Bezugsrahmen für Wettbewerbs- und Beihilfepolitik
- ▶ ein CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem
- ▶ Lieferkettengesetze auf deutscher und europäischer Ebene, die unternehmerische Sorgfaltspflichten effektiv durchsetzen

